

## **Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der Heidelberg Materials AG am 13. Mai 2026**

### **Zu Tagesordnungspunkt 2: Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 2025**

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, die von Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Bilanzgewinns abzulehnen.

#### **Begründung:**

Aufgrund der Risiken, die von der klimaschädlichen Geschäftstätigkeit von Heidelberg Materials ausgehen, müssen die Rücklagen für Entschädigungen und Maßnahmen zur Behebung und Abwendung von Schäden aufgrund der Klimakrise erheblich erhöht werden.

Daher lehnen wir die von Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 2025 als zu hoch ab.

Heidelberg Materials sollte stattdessen den überwiegenden Teil des Bilanzgewinns für Rückstellungen für die Kompensation von Klimakrisenschäden verwenden, zu deren Verursachung das Unternehmen beigetragen hat und noch immer beiträgt.

Ein Teil dieser Rückstellungen soll für die Kompensation von Schäden der klimakriseninduzierten Katastrophe 2022 in Pakistan zur Verfügung stehen, die Heidelberg Materials mitzuverantworten hat (siehe Gegenantrag zu TOP 3). Eine Klage von 39 Bäuerinnen und Bauern aus der Provinz Sindh auf Schadensersatz ist vor dem Landgericht Heidelberg anhängig. Dafür soll angesichts der von den Bäuerinnen und Bauern erlittenen Schäden von über 1 Million Euro eine angemessene Summe vollständig in die Rückstellungen überführt und in einem nächsten Schritt für die Begleichung der anteiligen Schadensersatzforderungen verwendet werden.

### **Zu Tagesordnungspunkt 3: Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2025**

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, den Mitgliedern des Vorstands die Entlastung zu verweigern.

#### **Begründung:**

Der Vorstand kommt weiterhin nicht hinreichend seiner Verantwortung nach, wirksamere Maßnahmen für den Klimaschutz umzusetzen.

Historisch gesehen hat Heidelberg Materials mehr Treibhausgase produziert als Deutschland. Seit seiner Gründung hat Heidelberg Materials mehrere Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> ausgestoßen. Seit Jahrzehnten trägt das Unternehmen mit seinem Geschäftsmodell so maßgeblich zum menschengemachten Klimawandel bei. Obwohl die Folgen spätestens seit den 1970er Jahren bekannt sind, hält das Unternehmen an seiner klimaschädlichen Baustoff- und Zementproduktion fest und investiert dafür Millionen in Lobbyarbeit.

Während Heidelberg Materials in den letzten Jahren versucht hat, sich das Image eines nachhaltigen Zementproduzenten zu geben, hat es viele Chancen zur echten

Dekarbonisierung nicht ausreichend genutzt. So bleibt die Abhängigkeit von fossilen Energien vor allem in der Produktion weiterhin hoch.

### **Wer schadet, der haftet!**

Extremwetterereignisse, die durch den Klimawandel verstärkt oder überhaupt erst wahrscheinlicher werden, nimmt Heidelberg Materials damit in Kauf. Weltweit sind durch die menschengemachte Klimakrise mindestens zwei Billionen US Dollar Schäden entstanden. Schäden, für die Heidelberg Materials eine Mitverantwortung trägt.

So auch für die klimakriseninduzierte Katastrophe 2022 in Pakistan, in der Extremregen ein Drittel des Landes für Monate unter Wasser setzten. Tausende Menschen verloren ihr Leben, Millionen ihr Zuhause. Schulen, Straßen und Infrastruktur wurde zerstört, die Ernte eines ganzen Jahres vernichtet. Die Region wurde in ihrer Entwicklung um Jahre zurückgeworfen, allein die wirtschaftlichen Schäden durch die Überflutungen belaufen sich auf 33 Milliarden US-Dollar.

Unter den langfristigen Folgen leiden die Menschen in Pakistan bis heute. Wegen dem Verlust von Haus, Vieh und Ernten haben sie mit Armut, Hunger und Verschuldung zu kämpfen. Durch die Kontaminierung von Trink- und Grundwasser haben Ernteerträge sich vielerorts fast halbiert, während Haut- und Krebserkrankungen stark zugenommen haben.

Heidelberg Materials ist eines von nur etwas mehr als 100 Unternehmen, die für etwa 70 Prozent der weltweiten historischen industriellen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Als einer der größten Treibhausgasemittenten Deutschlands und Europas muss sich Heidelberg Materials seiner Verantwortung stellen und die Konsequenzen tragen und für die entstandenen Schäden aufkommen.

Ohne die von Heidelberg Materials und den weiteren Großemittenten ausgestoßenen Emissionen wäre Pakistan heute nicht eines der am stärksten und häufigsten von der Klimakrise heimgesuchten Länder weltweit. Ohne diese Emissionen hätte die Katastrophe 2022 in Pakistan so nicht stattgefunden.

Heidelberg Materials sollte deswegen seinen Bilanzgewinn vor allem dafür aufwenden, in Pakistan durch die klimakriseninduzierte Katastrophe 2022 entstandene Schäden anteilig auszugleichen. Die gerichtlich geltend gemachten Forderungen der 39 pakistanischen Bäuer\*innen müssen umgehend beglichen werden. Denn das Prinzip ist einfach: Wer schadet, der haftet!

### **Zu Tagesordnungspunkt 4: Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025**

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025 nicht zu entlasten.

#### **Begründung:**

Der Aufsichtsrat ist seiner gesetzlichen Überwachungs- und Kontrollpflicht gegenüber dem Vorstand erneut nicht in ausreichendem Maße nachgekommen. Er hat es versäumt, auf die wirksame Einhaltung umwelt- und menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten selbst in eigenen

Geschäftsbereichen hinzuwirken. Vorliegende Fälle und Beschwerden zeigen nicht nur einzelne Defizite, sondern strukturelle Versäumnisse bei der Risikosteuerung und der Kontrolle von Abhilfemaßnahmen.

### **Expansion trotz Umwelt- und Gesundheitskonflikten in der Türkei**

Mit der Übernahme weiterer Anteile an Akçansa baut Heidelberg Materials seine Kontrolle über den türkischen Zementhersteller auf fast 80 Prozent aus und stärkt damit seine Marktstellung erheblich. Gleichzeitig übernimmt das Unternehmen jedoch auch Verantwortung für erhebliche Umwelt- und Sozialkonflikte: In Çanakkale stößt die geplante massive Erweiterung eines Steinbruchs auf Widerstand wegen befürchteter Schäden an Grundwasser, Landwirtschaft und Gesundheit der Bevölkerung. Auch in Büyükçekmece bei Istanbul klagen Anwohner\*innen über Zementstaub, giftige Gerüche und Lärmbelastung. Trotz dieser anhaltenden Konflikte treibt Heidelberg Materials seine Expansion weiter voran, anstatt die berechtigten Umwelt- und Gesundheitsbedenken der betroffenen Bevölkerung konsequent zu adressieren.

### **Beteiligung an völkerrechtswidrigen Aktivitäten in Palästina und in der Westsahara**

Heidelberg Materials und seine Tochter Hanson Israel stehen wegen möglicher Beteiligung an völkerrechtswidrigen Aktivitäten in den besetzten palästinensischen Gebieten massiv in der Kritik. Das UN-Menschenrechtsbüro führte beide Unternehmen in einer Datenbank zu Firmen auf, die an der illegalen israelischen Besatzung beteiligt sind. Recherchen deuten darauf hin, dass Heidelberg Materials irreführende Angaben über die Einstellung der Aktivitäten im Steinbruch Nahal Raba gemacht hat, während gleichzeitig eine Erweiterung des Steinbruchs vorangetrieben wurde. Zudem gibt es Vorwürfe über Materiallieferungen für israelische Siedlungsprojekte im Westjordanland und auf den besetzten Golanhöhen. Damit bestehen erhebliche Risiken im Hinblick auf Menschenrechte, das Völkerrecht und das Lieferkettengesetz.

Auch in der völkerrechtswidrig besetzten Westsahara ist Heidelberg Materials durch Ciments du Maroc tätig – trotz klarer Urteile des EuGH, die solche Aktivitäten als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Saharais nahelegen.

### **Menschenrechtsverletzungen in Indonesien**

Auch in Indonesien vernachlässigt der Vorstand erhebliche Umwelt- und Menschenrechtsrisiken im Zusammenhang mit dem Projekt in Kendeng (Region Pati). Als Reaktion auf den Protest lokaler Gemeinschaften gegen die Umweltgenehmigung für PT Indocement – ein Tochterunternehmen von Heidelberg Materials – ordnete der damalige indonesische Präsident Joko Widodo 2017 eine Strategische Umweltprüfung (KLHS) an. Diese umfassende Studie kam zu dem Schluss, dass der vorgesehene Standort in Pati besonders anfällig für Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben und Wasserknappheit ist. Die KLHS empfiehlt ausdrücklich, dort auf weitere Abbauprojekte zu verzichten.

Heidelberg Materials ignoriert jedoch weiterhin diese Ergebnisse und plant stattdessen den Abbau auf 2.025 Hektar ehemaligem Schutzgebiet sowie weiteren 800 Hektar Agrarfläche. Das Projekt bedroht massiv das empfindliche Karstökosystem und die Existenz der indigenen

Gemeinschaft „Sedulur Sikep“, deren Lebensgrundlage kleinbäuerliche Landwirtschaft ist. Trotz alledem lässt der Vorstand die Fortsetzung des Projekts zu und bemüht sich derzeit um eine Genehmigung für die Explorationsphase.